

Thema: Prater Wien

Autor: k.A.

# Pech mit Glücksspiel

Verbote und neue Regeln für Automatenbetreiber bringen Probleme.

**WIEN.** Die gesetzliche Neuregelung des österreichischen Glücksspielmarkts geht holprig vonstatten. Sowohl die Vergabe der Casinokonzessionen als auch das seit Jahresbeginn geltende Automatenverbot in Wien sind rechtlich umstritten. Die Anbindung der Spielautomaten an das Bundesrechenzentrum (BRZ) hinkt dem Zeitplan hinterher. Damit sollen Höchstensätze (legal bis zu zehn Euro), Spieldauer und Steuern bei Automaten ab Jänner überwacht werden. Laut einem Bericht des Finanzministeriums vom November hing bis dahin aber nur die Hälfte der maximal 4228 zulässigen Bundesländer-Automaten am BRZ.

Verkompliziert wird die Situation durch zahlreiche Rechtsmittelverfahren und diverse Ausnahmeregelungen und Übergangsfristen, etwa für einen Teil der einarmigen Banditen der Casinos Austria. Laut Helmut Kafka vom Automatenverband gibt es zudem Probleme mit dem tschechischen Softwarelieferanten für das BRZ.

Wenig Erfolg verspricht nach Ansicht von Berater Kreuzer, Fischer & Partner auch das Automatenverbot in Wien: Abgesehen vom Prater seien die meisten der 2600 Slot-



BILD: SN

„Die Stadt verliert viel Geld.“

**Andreas Kreuzer,**  
Berater

maschinen in Lokalen für Sportwetten und in der Gastronomie betrieben worden. Nur 14 Prozent der 505 Standorte mit Glücksspielautomaten seien bisher reine Spiellokale gewesen, denen nun die Grundlage entzogen sei. Alle anderen einschlägigen Betriebe könnten ohne Glücksspielautomaten weitermachen oder stattdessen – völlig legal – Wettautomaten oder Video-Lotterie-Terminals aufstellen bzw. rechtlich umstrittene Geräte, die höhere Einsätze als die erlaubten zehn Euro pro Spiel zulassen.

Seit der Novelle des Glücksspielgesetzes 2010 ist sämtliches Automatenpiel – außer Sportwetten – auf Bundesebene geregelt. Den Ländern bleibt es überlassen, ob sie das Zocken an Geräten prinzipiell erlauben und entsprechende Konzessionen vergeben. Während Wien das Automatenpiel mit Jahreswechsel abdrehete, haben Niederös-

terreich, Oberösterreich, das Burgenland, Kärnten und die Steiermark Lizenzen vergeben, die teils noch umstritten sind. Salzburg, Tirol und Vorarlberg bleiben weiterhin offiziell automatenfrei.

Nicht ohne Probleme verliefen auch die Razzien der Finanzpolizei. 2014 wurden bis zum dritten Quartal bei 310 Einsätzen mehr als 600 Geräte vorläufig beschlagnahmt, 2013 über 1300. Vor allem zu Beginn deckten die Betreiber die Finanzpolizei mit Anzeigen ein, zum Teil mit Erfolg – die versiegelten bzw. mitgenommenen Geräte mussten wieder zurückgegeben werden. Kafka erwartet das auch in Wien, wo am Mittwoch bei einer ersten Razzia rund 50 Geräte konfisziert wurden. Zerschlagen haben sich allerdings auch die Hoffnungen einiger Automatenbetreiber auf eine völlige Freigabe des Automatenaufstellens. Der Verwaltungsgerichtshof hat am Freitag eine Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts Oberösterreich aufgehoben, der zufolge das neue Glücksspielgesetz EU-Recht widerspricht, weil es Konzessionen für Automaten verlangt. Die Oberösterreicher müssten das erst im Detail prüfen. SN-mg, APA